

Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Datenschutzhinweise der Kreisverwaltung Bad Dürkheim

Ausländerwesen

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
- Ausländeramt -
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0
Fax: 06322/961-1156

E-Mail: info@kreis-bad-duerkheim.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Die Datenschutzbeauftragte
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim

Tel.: 06322/961-0

E-Mail: datenschutzbeauftragte@kreis-bad-duerkheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

- Zweck:

1. Erteilung, Verlängerung von Aufenthaltstiteln
2. Ausstellung von Reiseausweisen für Flüchtlinge und Reiseausweisen für Ausländer
3. Visaangelegenheiten
4. Grenzübertrittsbescheinigungen
5. Ausstellung von Verpflichtungserklärungen
6. Verlängerung von Aufenthaltsgestattungen für Asylbewerber
7. Erteilung, Verlängerung von Duldungen für abgelehnte Asylbewerber
8. Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und illegaler Ausländer
9. freiwillige Ausreisen

- 10. Zustimmungsverfahren zur Arbeitserlaubnis
- 11. Zustimmungsverfahren zur Wohnsitzauflagenstreichung

- **Rechtsgrundlage:**

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz), AZR-Gesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

je nach Verfahren:

- Ausländerzentralregister (AZR) - Bundeszentralregister,
- Bundesdruckerei
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundesverwaltungsamt
- Agentur für Arbeit
- Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)
- Sozialämter
- Jobcenter
- Wohngeldstelle
- Widerspruchsbehörde
- Meldebehörden
- Standesämter
- Gesundheitsamt
- Polizeiinspektionen
- Landeskriminalamt
- Bundeskriminalamt
- Landesamt für Verfassungsschutz
- Zollkriminalamt
- Bundesnachrichtendienst
- Militärischer Abschirmdienst
- Gerichte
- Staatsanwaltschaften
- Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
- Ministerium des Innern und für Sport RLP
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz RLP
- Zentralstelle für Rückführungsfragen RLP
- Internationale Organisation für Migration (IOM)
- Dolmetscherdienste
- Deutsche Botschaften im Ausland
- Auftragsverarbeiter (Fernwartung)

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von personenbezogene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation ist, sofern erforderlich, möglich.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre Daten werden bis 5 Jahre nach Einbürgerung oder Tod und bis 10 Jahre nach Abmeldung ins Ausland oder nach unbekannt gespeichert. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling findet nicht statt.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrund-Verordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauere der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim
**Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen
Daten rechtswidrig verarbeitet werden.